

Themen aus dem Landtag (25. Tagung vom 25. bis 27. September 2019)

Eine erfolgreiche Halbzeitbilanz sieht anders aus!

Die Septembersitzung des Landtags begann mit der Aussprache zum Haushalt für 2020. Dazu erklärt der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Ralf Stegner:

„Die Uneinigkeit von Jamaika ist nicht mehr interessant oder gar charmant, wie uns das die drei Parteien seit 2017 verkaufen wollen. Die Uneinigkeit lähmt die Koalition und sie lähmt inzwischen auch das Land. Immer dann, wenn Probleme nicht unter Geldbergen begraben werden können, schieben die Koalitionäre die Lösung in weite Ferne und hoffen, dass es niemand merkt. Das ist der traurige Zwischenstand zur Jamaika-Halbzeit. Man sollte denken, dass genau in solchen Situationen der Kapitän an Deck steht, Verantwortung übernimmt und den Kurs vorgibt. Aber weit gefehlt! Den Ministerpräsidenten sieht man bei Sonnenschein übers Promenadendeck flanieren, zuverlässig in Sichtweite der Kameras. Aber sobald die ersten Schleierwolken auftauchen, ist er unter Garantie abgetaucht.

Bei der Begrenzung des Ausbaus der Windenergie braucht diese Landesregierung sicherlich keine Hilfe. CDU, FDP und Grüne schaffen es ganz alleine, ihre eigenen Hausaufgaben bei der Energiewende sträflich zu vernachlässigen. Der Ministerpräsident trägt hier die Verantwortung, dass es keine gültigen Regionalpläne gibt, weil die alten Pläne im Frühjahr 2017 von ihm als Wahlkampfmaterial verheizt wurden. Bei der Energiewende herrscht im Norden tote Hose. Das ist eine verheerende Nachricht für Jobs, die auf der Kippe stehen und es ist auch eine verheerende Nachricht für den Klimaschutz.

Bei dieser Koalition sind auch im dritten Jahr keine klaren Linien zu erkennen. Bei den großen Themen geht es keinen Schritt voran. Die einzige Antwort auf die Wohnungsnot im Land bleibt der Hinweis auf den Erlösung verheißenden Bauboom. Davon haben Mieterinnen und Mieter im Hier und Jetzt nichts, aber auch gar nichts. Und um dem Ganzen noch die Krone aufzusetzen, prischt die Koalition vor und wirft mit der Abschaffung der verschärften Mietpreisbremse und der Kappungsgrenzverordnung den Mieterschutz über Bord. Auch das Prestige-Projekt, die großartigste Kita-Reform aller Zeiten, legt gerade eine knallharte Bruchlandung in der Realität hin. Mit uns wäre das Ziel der Kita-Reform klar gewesen: Am Ende geht's um die Beitragsfreiheit für Familien. Und das bekommen alle norddeutschen Länder hin – zumindest alle norddeutschen Länder, in denen die SPD regiert.

Hinzu kommt, dass fast 400 Grundschullehrerinnen und Lehrer bis 2025 fehlen. Diese Zahl wird noch weit größer, weil der Lehrermangel an den Grundschulen bereits durchschlägt, so dass wir insgesamt rund 1.000 zusätzliche Lehrkräfte brauchen werden. Darauf bereitet diese Regierung unsere Schulen nicht nur nicht vor – im Gegenteil, sie hat hunderte von Lehrstellen für die Wiedereinführung von G9 an den Gymnasien verplant. Die Lösung des Problems wird kommende Landesregierungen vor immense Probleme stellen, denn es geht nicht nur um die Finanzierung der Stellen, sondern ganz handfest um Lehrkräfte, die man auf diese Stellen setzen könnte.

Und dann sind da noch zwei Dinge, die der heutige Ministerpräsident vor der Wahl 2017 versprochen hat: 1. Wir schaffen die Pflicht für Straßenausbaubeiträge ab und 2. Wir unterstützen die Kommunen so, dass sie sich das Geld nicht von den Bürgern holen müssen. Dadurch, dass er den ersten Teil umgesetzt, aber vom zweiten nichts mehr hören wollte, hat er den ehrenamtlichen Gemeinde- und Stadtvertretern den schwarzen Peter zugeschoben. Die

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

dürfen jetzt vor Ort erklären, warum in der reichen Nachbarkommune die Gebühren abgeschafft, aber im eigenen Dorf erhalten bleiben.

Es gibt kaum ein Versprechen des Ministerpräsidenten, das mit dem dritten Haushalt zur Halbzeit dieser Koalition noch Bestand hätte. Es gibt auch kaum einen Hinweis im Haushaltsentwurf, dass von dieser Regierung noch große Würfe zu erwarten wären. Stattdessen erleben wir eine Koalition, bei der die Differenzen und Widersprüche mit jeder Woche größer werden. Der eigene Anspruch von Jamaika war der große Aufbruch. Daran sind diese drei Parteien zur Halbzeit krachend gescheitert.“

Die Rede gibt es hier als Video: <https://www.youtube.com/watch?v=5o31qIiKHNy>

Schleswig-Holstein bleibt auf Dauer einziges Land im Norden mit Kitagebühren!

Zum Gesetzentwurf der Landesregierung zur Neuordnung der Kitafinanzierung erklärt die kitapolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Serpil Midyatli:

„Das Gesetz zur Kitafinanzierung ist ein Offenbarungseid für Jamaika. Daniel Günther bekommt es als einziger Ministerpräsident im Norden nicht hin, die Kitagebühren endlich abzuschaffen. Entgegen seiner Wahlversprechen wird es durch den Wegfall des Kitageldes für viele Eltern sogar noch teurer. Kinder sind unsere Zukunft. Sie brauchen unsere volle Unterstützung. Es ist auch die Aufgabe des Staates dafür zu sorgen, dass sie ihre Potentiale bestmöglich entfalten können. Ein großer Schritt hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit ist eine gebührenfreie Bildung von der Kita an. Die SPD ist die einzige Partei Schleswig-Holsteins, die für Eltern den Weg dorthin ebnen will.

Auch die Qualität wird durch das Reformvorhaben der Regierung nicht in allen Kitas besser. Über 70% der Einrichtungen liegen bereits jetzt über den von Jamaika definierten Mindeststandards. Daher gilt es zu befürchten, dass die Qualität in diesen Kindertagesstätten sogar abgesenkt werden könnte. Auch hier bricht die Landesregierung ein zentrales Wahlversprechen.“

Die Rede gibt es hier als Video: <https://www.youtube.com/watch?v=ml9ZitQb2LY>

Kippen haben auf Spielplätzen nichts zu suchen!

Das Nicht- Rauchen auf Spielplätzen sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein – ist es aber leider nicht. Deshalb hat die SPD einen Antrag gestellt (Drs. 19/1703), der das Rauchen auf Spielplätzen verbieten und Kinder vor den Gefahren des Passivrauchens schützen soll. Dazu erklärt der gesundheitspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Bernd Heinemann:

„Wir wissen inzwischen, wie schädlich das Passivrauchen ist und auch die Kippen mit ihren Nikotin- und Schadstoffresten sind Gift für Kinder. Der Rauch, der durch das Passivrauchen eingeatmet wird, enthält die gleichen gesundheitsgefährdenden Substanzen wie der vom Raucher inhalierte Rauch. Insbesondere für die Entwicklung von Kindern birgt das erhebliche Gefahren. Passivrauchen grenzt an Körperverletzung und ist somit eben keine Privatangelegenheit mehr. Unsere Kinder müssen auf Spielplätzen vor diesem für sie giftigen Rauch geschützt werden. Neben den Risiken des Passivrauchens stellen auch achtlos weggeworfene Zigarettenreste, insbesondere Filter, ein erhebliches Gesundheitsrisiko dar. Daher fordern wir ein generelles Rauchverbot auf Kinderspielplätzen.

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

Anders als in Schleswig-Holstein gibt es das in einigen anderen Bundesländern bereit. Die bisherigen Nichtraucherchutzgesetze waren ein voller Erfolg. Dieses Erfolgsmodell muss weitergeführt werden.“

Hier geht's zum Video: <https://www.youtube.com/watch?v=Mj4Dlu3H4rg>

Sorgen von 40.000 Schleswig-Holsteinern abgelehnt!

Mit Stimmen von CDU, FDP und der Grünen hat der Landtag in Kiel die Aufnahme eines Rechts auf eine bezahlbare Wohnung als Staatsziel in die Landesverfassung abgelehnt (Drs. 19/1521, 19/1688). Dazu erklärt die wohnungsbaupolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Özlem Ünsal:

„In Deutschland gehen inzwischen Zehntausende gegen die Spekulation mit Wohnraum auf die Straße. Bundesweit fühlen sich Mieterinnen und Mieter durch Wohnungsknappheit und starke Mietpreissteigerungen in ihrem Grundrecht des Wohnens bedroht. Viele von ihnen erfahren die Folgen von Verkauf, Spekulation oder Modernisierung bitter am eigenen Leib. Mieten und Immobilienpreise steigen weiter an, Menschen werden immer mehr von Wohnkosten überlastet.

Jamaika hat mit der Ablehnung des Rechts auf eine bezahlbare Wohnung als Staatsziel in der Landesverfassung die Chance vertan, den knapp 40.000 Unterzeichnern der Volksinitiative und allen Betroffenen in unserem Bundesland zu zeigen, dass sie es ernst meinen. Dass Konservative und Liberale das Problem der Wohnungsknappheit ignorieren überrascht uns nicht. Aber wo bleibt die Unterstützung der Grünen für die Volksinitiative, die noch vergangenes Jahr erklärt haben, diese zu unterstützen? Die hohe Anzahl an Unterzeichnern hätte es einmal mehr verdient, dass die amtierende Jamaika-Regierung sich vor dem sich zuspitzenden Problem der Wohnungsknappheit nicht länger verdrückt!

Ein Blick in unsere Verfassung zeigt, dass das Land zu Recht in vielfältiger Weise Schutz für gesellschaftlich relevante Belange verspricht. Dieser Anspruch sollte auch für das Wohnen gelten, denn es ist elementarer Bestandteil der Daseinsvorsorge. Das Recht auf angemessenen Wohnraum betrifft alle Schleswig-Holsteiner. Es gilt für Mieter, Eigentümer oder auch Wohnungs- und Obdachlose gleichermaßen. Wohnen muss jeder.“

Die Rede gibt es hier als Video: https://www.youtube.com/watch?v=_S1xOgmp18

Seenotrettung ist kein Verbrechen!

Die Situation in den Lagern Libyens ist mit Worten kaum zu beschreiben. Laut einer Erklärung der EU-Außenminister werden Geflüchtete massiv misshandelt. Jetzt sind sogar Filmaufnahmen aufgetaucht, auf denen Menschen versteigert werden. Sklaverei im 21. Jahrhundert – das ist unfassbar. Die SPD (Drs. 19/1708) hat eine Initiative gestartet mit der sie will, dass Schleswig-Holstein ein sicherer Hafen wird. Auch wollen wir mit unserem Antrag deutlich machen, dass die Rettung von Menschen nicht weiter kriminalisiert wird und ein Zeichen der Menschlichkeit setzen. Dazu erklärt die flüchtlingspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Serpil Midyatli:

„Dem Engagement und dem Einsatz der Zivilbevölkerung ist es zu verdanken, dass bereits mehrere Kommunen in unserem Land ein sicherer Hafen sind. Leider ist das auch bitter notwendig: Aktuell ertrinkt jede sechste Person während des Fluchtversuchs über das Mittelmeer. Seit 2014 sind mehr als 17.000 Menschen vor den Toren Europas ertrunken. Allein in 2019 waren es 590 Menschen. Wir wollen deshalb ein deutliches Zeichen setzen und als erstes Bundesland ein sicherer Hafen werden. Uns allen ist bewusst, dass wir nicht alle Menschen aufnehmen können. Aber

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de



so lange es keine europäische Lösung gibt, so lange es Rettungsschiffen verwehrt wird, sichere Häfen anzufahren, wollen und dürfen wir nicht länger Augenzeugen dieser humanitären Katastrophe sein.

Schleswig-Holstein leistet bereits viel und auch das Landesaufnahmeprogramm für 500 besonders Schutzbedürftige ist ein starkes Zeichen. Aber heute können wir ein weiteres starkes Zeichen setzen, dass unsere humanitären und christlichen Werte nicht nur Lippenbekenntnisse sind, sondern dass wir auch handeln. Damit wollen wir auch unsere Haltung zum Ausdruck bringen, dass wir von der Bundesregierung und dem EU-Parlament erwarten, endlich ein Seenotrettungsprogramm aufzulegen, welches seinen Namen auch wirklich verdient. Die Evangelische Kirche Deutschland hat nun selbst reagiert und wird ein eigenes Schiff einsetzen.“

Die Rede dazu gibt es hier als Video: <https://www.youtube.com/watch?v=t-qR5RMHiVE>

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de